



22.03.2024

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

gestern war der Welt-Down-Syndrom-Tag: nicht ohne Grund unter dem Motto `#EndThe Stereotypes – ‚Schluss mit den Vorurteilen‘. Denn leider ist unsere Gesellschaft immer noch nicht frei von Vorurteilen gegenüber Menschen mit Beeinträchtigung. Dabei ist die Vielfalt unserer Gesellschaft unsere Stärke und eine inklusive Gesellschaft Ausdruck von Respekt gegenüber allen - ob mit oder ohne Handicap. Wir sollten eine Gesellschaft sein, in der alle Menschen selbstbestimmt so leben können, wie sie es möchten. Das beginnt mit der Barrierefreiheit nicht nur bei Rollstuhlrampen, dazu gehören auch vielfältige Angebote in leichter Sprache oder Unterstützung im Alltag, die allen Menschen das Leben leichter macht. Menschen mit Behinderung müssen in allen Lebensbereichen mitgedacht werden: Sei es auf dem Wohnungs-, dem Arbeitsmarkt oder im gesamten Leben. Der Welt-Down-Syndrom-Tag steht für diese bunte Gesellschaft des gegenseitigen Respekts. [\(Hier gibt es ein schönes Video zum Tag des Welt-Down-Syndrom-Tag\)](#)



Menschen mit Beeinträchtigung brauchen sich nicht verstecken, sondern können viel leisten und erreichen: Seit dieser Woche haben wir in der SPD-Bundestagsfraktion eine neue Kollegin: Heike Heubach aus Stadtbergen in Bayern. Das ist an sich erstmal nichts Besonderes, durch das Ausscheiden von Mitgliedern des Bundestages rücken immer mal wieder neue Kolleginnen und Kollegen nach. Heike Heubach wird aber die erste gehörlose Abgeordnete des Deutschen Bundestages sein und damit auch ein Vorbild für viele Menschen in unserem Land. Ich freue mich sehr, dass wir eine neue Politikerin mit ausgewiesener Fachexpertise in der Wohnungs- und Baupolitik hinzugewinnen und zeigen können, dass Inklusion keine Hürde, sondern eine Chance für alle ist!

Heute hat der Bundesrat dem Wachstumschancengesetz zugestimmt. Nach langen und zähen Verhandlungen mit den Ländern gibt es trotz der Blockade der Union nun endlich wichtige Entlastungen für und Erleichterungen bei Investitionen von Unternehmen. Wir entlasten damit vor allem kleine und mittlere Unternehmen, die künftig 40 Prozent ihrer Investitionskosten beschleunigt abschreiben können. Und wir fördern die Forschung und Entwicklung von Unternehmen, indem wir die förderfähigen Aufwendungen von 4 auf 10 Milliarden Euro erhöhen. Leider fällt das Entlastungsvolumen kleiner aus als im ursprünglichen Entwurf der Bundesregierung vorgesehen. Dafür haben wir aber in den Verhandlungen durchgesetzt, dass die Kommunen mit dem Gesetz nicht mehr so stark wie im Entwurf belastet werden.

Am Montag hat die CDU ihre Ideen zu dem erst im vergangenen Jahr eingeführten Bürgergeld vorgestellt. Es ist Ausdruck von Vorurteilen gegenüber allen Menschen, die es nicht leicht haben.

Ich möchte hier mit den Vorurteilen aufräumen und ein paar Fakten klarstellen:

- Die Union hat das Bürgergeld im Vermittlungsausschuss mitbeschlossen. Sie hat auch den automatischen Erhöhungsmechanismus mitbeschlossen, der dazu geführt hat, dass das Bürgergeld in diesem Jahr so stark angestiegen ist, da es die Inflationsentwicklung berücksichtigt.
- Das Bürgergeld ist kein bedingungsloses Grundeinkommen. Es garantiert das Existenzminimum und folgt dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Mitwirkungspflichten und Sanktionen bei Totalverweigerern gibt es weiterhin. Hinzu kommt:
 - Die komplette Streichung von Leistungen ist mit unserem Grundgesetz nicht vereinbar. Das hat das Bundesverfassungsgericht erst 2019 festgestellt.
- Das Bürgergeld setzt auf Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote. Das ist sogar der Kern des Bürgergelds. Früher mussten Menschen jeden zumutbaren Job annehmen, der sie wenige Monate später wieder in den Hartz-IV-Bezug gebracht hat. Diesen Drehtüreffekt haben wir beendet.
 - Stattdessen setzt das Bürgergeld auf Kooperation: arbeitssuchende Menschen und Jobcenter begegnen sich auf Augenhöhe und entwickeln zusammen einen Kooperationsplan, der auf den individuellen Fähigkeiten beruht. Dadurch schauen wir: Was bringt der oder diejenige mit? Welche Qualifikation wird gebraucht? Wie stellen wir eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt sicher?
 - Die Maßnahmen, die auch die Union vorschlägt, gibt es schon. Sie sind aber auch in meinen Augen nicht auskömmlich genug finanziert, damit sie den Paradigmenwechsel wirklich vollziehen können. Woher mehr Geld kommen soll, verrät die Union in ihren Plänen aber nicht.
 - 20 Prozent aller Bürgergeldbezieherinnen und -bezieher sind zudem erwerbstätig. Das bedeutet, dass sie Bürgergeld erhalten, weil ihr Lohn nicht ausreicht.

Schade, dass sich die Union von dem sachlichen Diskurs entfernt hat, den wir vor der Einführung des Bürgergelds im Vermittlungsausschuss hatten. Die Union spricht von Totalverweigerern, trifft aber alle, die aus unterschiedlichen Gründen die Unterstützung des Sozialstaats benötigen. Das ist respektlos gegenüber Alleinerziehenden, erkrankten Menschen und all denjenigen, die sich anstrengen, bei denen es aber am Ende trotzdem nicht reicht.

Wir dagegen stärken den Arbeitsmarkt und sorgen für gute Löhne und eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt. So geht soziale Politik und darauf können sich alle Menschen in unserem Land verlassen.

Heute beginnen die hessischen Osterferien und langsam werden die Tage mit tristem Wetter weniger und die Sonne kommt heraus. Ich wünsche allen eine schöne Osterzeit und viel Spaß im Urlaub, auf dem Balkon, beim Spaziergehen oder im Garten!

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt